

Green perspectives on reforms and austerity with finance minister Tsakalotos | Grüne Perspektiven zu Reformen und Austerität

Simultanübersetzung durch Natascha Benayas Delgado

Die Aufzeichnung kann hier nachgeschaut werden: https://youtu.be/Clq_Azo06Ps

Sven Giegold: Willkommen zu dieser Ausgabe von Europe Calling, Sie können Euclid Tsakalotos live aus Athen sehen.

Wir warten noch einige Minuten auf weitere Zuhörer*innen.

Wir werden jetzt beginnen. herzlich willkommen.

Bei Europe Calling können Menschen via Internet direkt mit Politiker*innen sprechen.

Heute haben wir die Ehre, den griechischen Finanzminister bei uns zu haben. Es ist wichtig, dass wir häufiger direkt miteinander sprechen, statt übereinander. Ich habe Minister Tsakalotos treffen können.

Sie können sich entweder via digitalem Handzeichen für Fragen melden, oder die schriftlichen Fragen in das Chatfenster einschalten.

Falls Sie eine deutsche Übersetzung möchten, können Sie diesem Pad folgen.

Ich möchte den Minister fragen: Wenige Politiker*innen haben etwas negatives über Sie zu sagen, was Sie von vielen Vorgängern unterscheidet. Wie haben Sie dies erreicht?

Tsakalotos: Es hat meinem Ruf als Linkem natürlich nicht geholfen, aber generell kann man sagen, dass wir unsere Aufgaben in verschiedene Bereiche aufgeteilt haben. Wir haben Bereiche, die mit dem Programm abgesprochen waren, Bereiche, in denen noch verhandelt werden musste und Bereiche, die wir selbstständig erreichen konnten. Die Politiker**innen haben gesehen, dass ich meine Vereinbarungen und Versprechen einhalte.

Sven Giegold: Sie fokussieren sich zur Zeit auf großförmige Steuervermeidungsfälle. Wie erfolgreich waren Sie dort, wie ist Ihre Zusammenarbeit mit Deutschland?

Tsakalotos: Zunächst möchte ich diversen hilfreichen Deutschen danken. Vor der Krise gab es in Griechenland viele reiche Menschen, die ihre Steuern nicht korrekt gezahlt haben. Nun verfolgen wir eine Zuckerbrot und Peitsche Strategie. Es gibt zwar Strafen für Steuervermeidung, jedoch werden Leuten, die sich stellen, auch Strafmilderungen angeboten.

Wir nutzen ein digitales Programm, das uns zeigt, wo Ungereimtheiten in den Steuern sind. Außerdem gibt es ein Programm, dass Menschen, die ihr Geld im Ausland haben, freiwillig wieder in Griechenland Steuern zahlen. Allerdings machen Menschen das nur, wenn ihnen die Aufdeckung ihrer Steuerhinterziehung droht. Dafür brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit.

Giegold: Wie viele Menschen konnten Sie durch dieses Programm fassen und welche Hilfe waren Daten aus Deutschland, besonders NRW und Frankreich? Ich weiß außerdem, dass Sie in die EU eingeladen wurden, um Ihre Methode vorzustellen.

Tsakalotos: Wir haben viel gewonnen. Wir haben jedoch das Problem, dass viele Straftaten bereits verjährt sind, sie sind häufig vor der Krise passiert. Die Gerichte argumentieren, dass es schwierig ist, Straftaten die lange zurück liegen, zu beweisen. Die Informationen anderer Länder waren für das griechische Volk, es hat gezeigt, dass die Menschen fair behandelt werden und nicht einige unter der Krise leiden.

Erste Frage: Als linksgerichtete Menschen in Deutschland hörten wir, dass Krankenhäuser zu wenig Geld hatten, Investitionen konnten nicht getätigt werden. Nun kommt Geld durch gefangene Steuerhinterzieher rein, wann werden die Investitionen beginnen?

Tsakalotos: Das Programm endet nächstes Jahr, die Wirtschaft wandelt sich zum Guten, das Schlimmste ist geschafft. Wir werden bald sehr viel freier sein. Leider wurden viele Entscheidungen zu Griechenland durch Europa vertagt, was Investor*innen abschreckt. Wir hoffen, dass die dritte Review positiv ausfällt. Wenn die Investor*innen diese Sicherheit haben, wird es Investitionen geben. Außerdem werden wir eine sehr viel transparentere Regierung und Verwaltung haben. Bis 2009 war die Verwaltung sehr politisiert im negativen Sinne.

Zweite Frage: Danke für dieses Thema! Vor kurzem hat die Kommission neue Pläne veröffentlicht von der EWWU. Wie stehen Sie dazu?

Tsakalotos: die europäische finanzielle Struktur muss sich ändern, wenn sie nicht kaputt gehen soll. Die Frage spricht die Veränderungen der EWWU an. Gerade in Bezug auf Versicherungen gab es Veränderung. Außerdem werden Investitionen in den europäischen öffentlichen Raum diskutiert. Die Frage ist, ob neo-liberale Staaten da mitmachen werden. Es kann sehr positive Veränderungen geben, wenn alle mitmachen. Linke, Grüne und Sozialdemokraten müssen vor allem Wert darauf legen, dass die Entscheidungen transparent gehandhabt werden. Die Menschen haben nicht das Gefühl, dass sie an den Entscheidungen beteiligt werden. Ich bin beispielsweise dagegen, dass der ESM ein neuer Währungsfond wird.

Giegold: Wie finden Sie es, dass in der ESM 3 Länder ein Vetorecht haben, während die anderen Länder das Recht nicht haben?

Tsakalotos: Das ist auf jeden Fall ein Thema, das diskutiert werden muss. Auch die Transparenz der Kommission muss diskutiert werden, obwohl sie für europäische Verhältnisse recht gut ist.

Über alle Grenzen gibt es Fragen der Demokratie in diesen Bereichen zu diskutieren.

Giegold: Die EU braucht mehr Übersicht über die jeweiligen Organe.

Dritte Frage: Wie sieht der Minister das Mikromanagement der europäischen Institutionen?

Tsakalotos: Es gab sehr viel Intervention der Institutionen, die oft nicht zu Griechenland gepasst haben. Allerdings ist das nicht nur bei europäischen Institutionen so. Die meisten Reformen haben wir jedoch bereits hinter uns, wodurch das Problem etwas weniger relevant wird mit der Zeit. Wir haben uns über das Mikromanagement beschwert und die Auditor*innen haben sich dem Thema angenommen.

Ton war kurz weg

Nächste Frage: Ich bin Griechin in Deutschland und möchte gern nach Griechenland zurückkommen, allerdings ist das mit den hohen Steuern sehr schwer.

Tsakalotos: Jedes Land, das 25% des BIP verliert, wird Probleme mit hohen Steuern haben. Wir möchten den Mittelstand gerne entlasten. Zunächst war es sehr wichtig, armen Menschen die Steuern zu erleichtern und Krankenhäuser besser zu finanzieren. Da wir fiskalen Spielraum haben, wird es in Zukunft leichter sein, die Steuern des Mittelstandes zu erleichtern. Es gibt außerdem Programme für Griech*innen, die im Ausland leben. Gerade durch junge Unternehmer*innen gibt es viele Investitionen innerhalb Griechenlands.

Nächste Frage: Die großen Schiffbesitzer waren vor hohen Steuern geschützt, wie sieht es damit jetzt aus?

Tsakalotos: Es ist richtig, hier greift aus historischen Gründen die Verfassung. Damals gab es viele Migrant*innen in Griechenland. Heute gibt es viel Druck, diese Regelung zu ändern und wir hoffen auf einen Kompromiss in den nächsten Monaten. Die Verfassung kann jedoch nur durch ein verfassungsgebendes Parlament verändert werden, was eine griechische Besonderheit ist. Eine Änderung wird im aktuellen Parlament beschlossen und im anschließenden Parlament ratifiziert.

Nächste Frage: Welche grünen Schwerpunkte sehen Sie als relevant für Griechenland? Diese Frage kommt vom Grünen griechischen Parlamentsabgeordneten.

Tsakalotos: Ich komme von den grünen Linken innerhalb meiner Partei. Zur Zeit sind viele nicht besonders an Umweltthemen interessiert. Wir versuchen jedoch trotzdem besonders im Bereich der erneuerbaren Energien zu arbeiten. Auch landwirtschaftliche Projekte werden angegangen. Das aktuelle Energieministerium arbeitet sehr breitgefächert, was diese Regierung von vorherigen unterscheidet.

Wir wollen Investitionen, die auch umweltfreundlich sind. Das macht einige Investitionen schwierig. Zum Beispiel gab es Investitionen innerhalb der Kohleindustrie, wo es viel Druck gab. Allerdings gibt es dort umweltrechtliche Bedenken.

Nächste Frage: Ist es nicht so, dass Varoufakis zurückgetreten ist, damit Tsipras einen Deal eingehen konnte?

Tsakalotos: In der ersten Regierung haben wir versucht, die Art des Programms zu verändern und wir kamen dort an unsere Grenzen. Die deutsche Regierung und andere Länder waren nicht besonders traurig, dass wir evtl die Eurozone hätten verlassen müssen. Ich bin allerdings pro-europäisch. Das Gehen eines Landes hätte zu dem Verlassen anderer Länder geführt. Ich glaube auch, dass eine Zerstörung der EU nicht unter progressiven Kräften geschehen würde.

Nach der Septemberwahl haben wir den neuen Deal an die Bürger*innen herangetragen und wir hatten das Gefühl, ein Programm nach vorne bringen zu können, das den Menschen hilft und sozial denkt. Wir werden in der nächsten Wahl sehen, ob wir damit richtig lagen.

Im Sommer 2015 als das neue Programm anstand, haben Menschen gesagt, dass die Linke in guten Zeiten überflüssig ist, wenn sie in schlechten Zeiten nichts schafft. Aber man muss sagen, wir haben es geschafft, einen Kompromiss zu erreichen. Wir müssen abwarten, ob sich dies bewährt.

Giegold: Ich habe ein Papier bekommen, das die griechische Regierung erpressen sollte und ich habe dieses Papier damals veröffentlicht. Ich muss sagen, da habe ich mich sehr für die deutsche Regierung geschämt.

Es hinterlässt einen seltsamen Eindruck, wenn man ein Referendum einleitet, wenn das Ergebnis des Referendums gar nicht möglich ist.

Tsakalotos: Das sehe ich anders. Der Deal sah vor Sept. 2015 wirklich ganz anders aus, als das, was zuvor vom griechischen Volk abgelehnt wurde. Das Referendum hat zu diesem neuen Deal beigetragen.

Giegold: Da hast du Recht, aber ich.... *Ton weg*

Nächste Frage: Meine Eltern kamen in den 60ern nach Deutschland, ich habe einen deutschen Abschluss. Sven, ich habe den Eindruck, dass Konsum vom Einkommen abhängt und umgekehrt. Zur Zeit haben Menschen jedoch kaum ein Einkommen pro Familie in Gr. Euklid, Wir können wir Kapitalflucht und Steuerhinterziehung vermeiden?

An beide: Ich habe das Gefühl, dass Gr. als Versuchskaninchen genutzt wird.

Giegold: Es reicht nicht nur darum, das Währungssystem zu retten, denn davon haben Menschen profitiert, die nicht hätten profitieren sollen. Wir fordern Investitionen, die durch europäische Steuern finanziert werden. Bisher haben wir in der EU keine Mehrheit dafür, was das Ganze schwierig macht. Trotzdem haben wir im Bereich der Steuerhinterziehung gute Erfolge erreicht. Trotzdem gibt es immer noch zu viel Geld in Steuerparadisen. Außerdem brauchen wir in allen Ländern einen einheitl. Mindeststeuersatz.

Tsakalotos: Ich stimme dir zu! Was wichtig ist bei den Panama Papers ist, dass hier ein Rechtssystem offengelegt wurde, keine Steuerhinterziehung. Es geht hier um finanzielle Ungleichheit. Amerika z.B.: Es gibt nicht nur ein ungerechtes Steuersystem, sondern Reiche bekommen auch noch Steuererleichterungen, was finanziert wird, indem soziale und grüne Programme gekürzt werden. Dieses System ist mitverantwortlich für die Krise.

Was die Eu im Bereich der Steuerhinterziehung gemacht hat, ist notwendig, aber es gibt noch viel zu tun.

Nächste Frage: In Deutschland werden Pläne wie Eurobonds generell sehr kritisch gesehen. Trotzdem.....*Ton weg*

Gibt es bereits innerhalb des zentralen Banksystems eine Form des Transforms?

Tsakalotos: Zur Zeit diskutieren wir in der Eurogroup Transfere nicht. Die Länder haben sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das überhaupt ablaufen sollte.

Die EU unterscheidet sich in dem System von den USA. Es gibt die Angst, dass einige Länder durch ein Sicherheitsnetz oder Rettungsschirm sich nicht bemühen würden, die notwendigen Änderungen und Sparmaßnahmen durchzuführen. Das stimmt jedoch nicht, man würde niemals komplett kompensiert werden, so wie bei einer Autoversicherung. Außerdem würden alle Länder die temporären Risiken tragen. Es geht ja um zeitlich begrenzte Hilfen, nicht durchgehende. Das sind also zwei ganz unterschiedliche Dinge. Und man muss aus diskutieren, ob wir eine Währungseinheit haben können, wenn die Länder wirtschaftlich unterschiedlich stark sind. Die rechten Kräfte Europas benutzen dieses Argument zur Zeit, um gegen die EU zu wettern.

Giegold: *technische Probleme

Nächste Frage: **die Fragenstellenden schalten alle ihre Mikros nicht an, deshalb warten wir...*

Frage: Es gibt das Problem, dass das aktuelle Programm stark auf hohen Steuern beruht. Außerdem hört man in Griechenland nichts über Investitionen in grüne Energien.

Tsakalotos: Die Regierung hat, wie wir bisher schon gesagt haben, viele Ansätze verändert. Die meiste Unterstützung geht längst an kleine und mittlere Investitionen. Wir fokussieren uns nicht hauptsächlich auf umweltschädliche Tourismusinvestitionen, wie bspw in Spanien. Zur Besteuerung, es ist die bittere Wahrheit, wir sind kum über dem europäischen Durchschnitt. Das heißt nicht, dass es kein problem gibt, denn es gibt immer noch eine Ungleichverteilung. Zunächst mussten wir uns um die humanitäre Krise kümmern, dann um Steuerhinterziehungen. Die aktuelle fiskale Strategie der nächsten Jahre sieht Steuererleichterungen vor.

Nächste Frage: 2015 u 2016 hatte ich den Eindruck, dass die griech. Regierung kein Interesse an anti-Austeritäts-Koalitionen innerhalb Europas hatte.

Tsakalotos: Die Medien haben da ein sehr schwarz-weißes Bild gezeichnet. Es ging nie um Deutschland gegen Griechenland. Wir wissen, dass es auch in Deutschland Class Unterschiede gibt und Leute, die in sozio-ökonomischer Instabilität leben. Wir versuchen diverse Kontakte in unterschiedlichen Ländern zu unterhalten, das ist außerordentlich wichtig, um progressive Kräfte zu verstärken und gemeinsam gegen die Rechte zu handeln.

Wir sammeln die letzten Fragen.

Frage: Ich Sorge mich wegen der hohen Steuern für kleine Firmen in Griechenland, denn jedes Mal wenn kleine Unternehmen schließen, bricht die Versorgung für ganze Familien weg. Wann wird es niedrigere Steuern geben?

Frage: Was ist mit der skandalösen Privatisierung griechischer Flughäfen, die Deutschland sehr genutzt haben?

Frage: Was ist mit den Menschen am unteren Rand der Einkommensverteilung, sie wurden am härtesten von den Steuern getroffen.

Tsakalotos: Wir haben schon viel zur Besteuerung gesagt bisher, es wird innerhalb der nächsten Jahre Steuererleichterungen geben. Wir müssen jedoch noch viel an den verschuldeten Unternehmen arbeiten und deren Kredite. Es wurde viel getan, aber es muss vor allem langfristig Veränderungen geben.

Zu den Menschen, mit schwachem sozio-ökonomischen Hintergrund. Wir hatten eine humanitäre Krise und die Regierung und der Gesundheitsminister hat viel getan, durch kostenlose Krankenversicherung, mehr Ärzt*innen in Krankenhäusern und genereller sozialer Solidarität, die durch Griechenland geht.

Zu den Flughäfen: Natürlich mussten wir die Last der Kreditgeber tragen und Teil davon war die Privatisierung. Der Flughafen ist dort gar nicht der kontroverseste Bereich innerhalb der Privatisierung. Denn in die regionalen Flughäfen wird dadurch viel investiert, was positiv ist. Die Hälfte der Gewinne geht nicht zu den Kreditgeber*innen, sondern in die griechische Wirtschaft.

Vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu können.

Giegold: Vielen Dank an alle Teilnehmenden und danke, dass alle Fragen sehr zivilisiert geblieben sind. Danke, Minister für Ihre Arbeit, danke an alle. Natürlich wird es vom Format Europe Calling mehr geben!